

Niederschrift

über die 5. Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 27. September 2011

Vorsitz:	Herr Schulz	- SPD –
Anwesend:	Frau Gajewski, Frau Jonas, Frau Lewy, Frau Loss, Frau Overbeck, Frau Rajski, Frau Schmager, Frau Vielhaber und Frau Weiß; die Herren Bartels, Beeken, Böhm, Dose, Heimath, Kähler, Kazanci, Krämer, Lipski, Piehl, Rehbein, Schinkel, Schucher, Sielaff und Wiese	- SPD –
	Frau Fischer, Frau Günther, Frau Dr. Jaeger und Frau Stöver; die Herren Bliefernicht, Bonhagen, Fischer, Frommann, von Harten, Hornung, Hoschützky, Klein und Schneider	- CDU –
	Frau Ehlers; die Herren Marek, Preuß, Völko und Wolkau	- GAL –
	Frau Boeddinghaus, Frau Nordbrock und Herr Lübberstedt	- Linke –
	Frau Pawlowski; die Herren von Eitzen und Schuster	- FDP –

Bezirksamt Harburg:

Bezirksamtsleiter:	Herr Meinberg
Dezernat Steuerung und Service:	Frau Möller und Herr Trispel
Dezernat Bürgerservice:	Herr Schleiden
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit:	Herr Stuhlmann
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt:	Herr Penner

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 21.35 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt den Tischler *Herrn Karl-Heinz Aue* und seinen Freund *Herrn Wolter Welle*. Herr Aue habe vor kurzem im Auftrag der Bezirksversammlung das neue Rednerpult und das neue Präsidiumspult gebaut und schenke jetzt dem Harburger Rathaus eine von seinem Freund angefertigte wunderschöne Intarsienarbeit.

Herr Krämer und Herr Schulz enthüllen gemeinsam die vorne am Präsidiumspult angebrachte Arbeit, die das Wappen der Stadt Harburg darstellt; die Bezirksversammlung bedankt sich mit ausgiebigem Beifall.

Bürgerfragestunde:

1. *Frau Gericke und Frau Wiest* (Anwohnerinnen Jägerstraße/Vogteistraße) sprechen die der Bezirksversammlung vorliegenden schriftlichen Fragen vom 26.9.11 an bzw. verlesen diese (siehe auch schriftliche Fragen vom 6.5.11 und 24.6.11 sowie Niederschriften 3/19 und 4/19).

Herr Penner weist darauf hin, dass bezüglich der verkehrsberuhigenden Maßnahmen das Bezirksamt nicht allein entscheiden könne sondern die Behörde für Inneres und Sport und die Polizei einbeziehen müsse. Er kündigt entsprechende Gespräche für Mitte Oktober an, bei denen dann auch die Ergebnisse der 2. Verkehrszählung ausgewertet werden würden. Den Problemen hinsichtlich der Oberflächenentwässerung werde nachgegangen; er sichere Abhilfe zu.

Die *Herren Dose, Bliefernicht, Wolkau* und *Schuster* stimmen der Anwohnerinitiative zu; die vorhandene Kennzeichnung der Jägerstraße/Vogteistraße als Tempo-30-Zone reiche nicht aus und müsse dringend – vorzugsweise durch bauliche Maßnahmen - verbessert werden. Die Verwaltung werde aufgefordert, kurzfristig zu reagieren und bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bürgerservice und Verkehr Ergebnisse zu präsentieren.

Herr Bliefernicht fordert zusätzlich Geschwindigkeitsmessungen, um die LKW-Fahrer zu disziplinieren, sowie Gespräche mit der Gemeinde Seevetal über geeignete Maßnahmen zur Beschränkung des LKW-Verkehrs aus Meckelfeld. Bezüglich der Entwässerung verweist er auf seine Aussagen in der Niederschrift 4/19 über die Sitzung der Bezirksversammlung am 28.6.2011 und kritisiert, dass es noch keinen neuen Sachstand gebe. Er sehe ein, dass die Situation bei Frost gefährlich werden könnte – zumal auch die gesamte Straßenfläche in den Gräben entwässert werde; Abhilfe werde es jedoch in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr geben.

Herr Wolkau ergänzt, dass die GAL einen Antrag zu diesem Thema eingebracht habe, der unter TOP 7 auf der Tagesordnung stünde, und betont, dass es trotz aller Verbesserungsmaßnahmen das politische Ziel der GAL bleibe, ein Durchfahrtsverbot für LKW auf dem Straßenzug zu erreichen.

In der anschließenden Diskussion zwischen Anwohnern, Fraktionen und Verwaltung werden etliche Detailpunkte angesprochen und diverse Verständnisfragen beantwortet; *der Vorsitzende* macht abschließend darauf aufmerksam, dass das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bürgerservice und Verkehr am 17.10.11 stünde, und lädt die Anwohner ein.

2. *Herr Tamaddoni* – Betreiber des Naturkindergartens Vogelhüttenberg (Bremer Straße 242a) – bezieht sich auf seine schriftlich eingereichten Fragen (liegen vor) bezüglich der geplanten Unterkunft für Wohnungslose in der Bremer Straße 242b und bittet die Fraktionen um Stellungnahme.

Frau Boeddinghaus beklagt die mangelhafte Kommunikation und intransparente Informations-

politik der Fachbehörde; diese hätte von Anfang an das Gespräch mit den Nachbarn suchen müssen. Andererseits sei sie nicht einverstanden mit einigen Ausdrücken in dem von Herrn Tamaddoni eingereichten Papier; Obdachlose und Flüchtlinge stünden auch unter dem Schutz des Artikels 1 des Grundgesetzes und seien nicht automatisch „eine schwierige Klientel“ oder ein Gefahrenpotenzial für Kinder.

Herr Schuster stellt grundsätzlich fest, dass auch in Harburg Wohnunterkünfte eingerichtet werden müssen; das Anhörungsverfahren sei jedoch aufgrund der Konzeptlosigkeit der Fachbehörde eine reine Farce. Im übrigen teile er viele der in dem Schreiben geschilderten Bedenken. Es gebe etliche Faktoren, die gegen eine Einrichtung an der Bremer Straße sprechen würden; die FDP werde sich deshalb dagegen aussprechen.

Herr Heimath schließt sich den Aussagen von Frau Boeddinghaus an, betont aber, dass auch die SPD den Standort Bremer Straße für eine Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen nicht für geeignet halte.

Frau Fischer äußert ebenfalls Verständnis für die Bedenken des Kindergartens, die keinesfalls eine Diskriminierung von Obdachlosen darstellen würden. Die CDU würde den Standort ablehnen, weil er nur eine Zuwegung und keine weiteren Nachbarn und somit keine soziale Kontrolle habe. Sie weist darauf hin, dass die Bezirksversammlung nur eine Empfehlung abgebe; die letztendliche Entscheidung treffe die Hamburger Bürgerschaft.

Herr Wolkau fordert ein Hamburger Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung, welches sich an dem Ziel orientieren müsse, Obdachlose und Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu seien vorwiegend kleinere Wohneinheiten nötig, in denen vorrangig Familien untergebracht werden könnten.

Alle Redner schließen sich ausdrücklich der Kritik an dem Vorgehen der BASFI an und verweisen für eine weitere Debatte auf Punkt 4 der Tagesordnung.

3. *Frau Ketels* – Anwohnerin der Großen Straße – kritisiert den erfolgten Straßenausbau, der dazu geführt habe, dass 2 Anwohner nur unter erheblichen Schwierigkeiten auf ihre Grundstücke fahren könnten, und bitte um Abhilfe.

Herr Penner erläutert, dass gegenüber der betroffenen Fläche mehrere große Bäume stünden, die auf Wunsch der Anwohner erhalten werden sollten. Deshalb habe die Straßenbreite dort reduziert werden müssen. Im Übrigen habe eine Prüfung ergeben, dass die Einfahrten selbst mit einem LKW problemlos erreicht werden könnten.

Herr Schuster bemängelt, dass die Pläne zum Straßenausbau nach der Bürgerbeteiligung geändert worden seien, ohne die Anwohner erneut zu informieren.

Herr Fischer erklärt, dass der ständige Ärger mit dem Ausbau von Straßen der CDU grundsätzlich missfalle; sie werde daher in Zukunft jede Einzelmaßnahme detailliert kontrollieren.

Herr Heimath erinnert daran, dass der Ausbau der Großen Straße seit langem geplant und immer wieder mit den Fraktionen besprochen worden sei. Unter den Anwohnern habe es von Anfang an immer unterschiedliche Meinungen gegeben. Da es sich in diesem Fall um ein Schreiben von Anwohnern handele, gehe er davon aus, dass dieses von der Verwaltung auch schriftlich beantwortet werde.

4. *Herr Rupprecht* – Siedlung Wetterstraße/Zehntland – fragt nach dem Sachstand der beabsichtigten Unterbringung von weiteren Flüchtlingen und Obdachlosen in der Unterkunft Wetterstraße.

Der Vorsitzende verweist auf TOP 4; dort werde das Thema behandelt werden. Im Übrigen sei die laut Geschäftsordnung vorgesehene Zeit für die Bürgerfragestunde bereits weit überschritten; er erkläre sie deshalb jetzt für beendet.

Herr Lübberstedt beantragt, die Bürgerfragestunde um weitere 15 Minuten zu verlängern.

Die Bezirksversammlung lehnt dies mit Mehrheit ab.

Ende der Bürgerfragestunde: 18.45 Uhr

Der Vorsitzende gibt das Vorliegen folgender Dringlichkeitsanträge bekannt:

Antrag Die Linke Drs XIX/319

betr. Umbenennung für den Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel

Die Bezirksversammlung erkennt die Dringlichkeit einvernehmlich an und nimmt die Umbenennung zur Kenntnis.

Antrag SPD Drs XIX/331

betr. Planfeststellungsverfahren der neuen Bahnbrücke Kattwyk

Die Bezirksversammlung erkennt die Dringlichkeit einvernehmlich an, stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Aktuelle Stunde

Anmeldung Grüne/GAL Drs XIX/321

betr. Bürgerbeteiligung – Harburg zum bürgerfreundlichsten Bezirk machen

Herr Preuß erinnert an das letzte Wahlprogramm der SPD, wonach Harburg der bürgerfreundlichste Bezirk Hamburgs werden sollte. Die Praxis der letzten Wochen und Monate habe jedoch anders ausgesehen: So hätten sich z.B. an der Wohnungsbaukonferenz lediglich 10 Bürger beteiligt, weil sich um eine öffentliche Mobilisierung zu wenig bemüht worden sei; es habe weder eine Plakatierung noch Anzeigen gegeben. Auch im Bebauungsplanverfahren für den Rewe-Markt in Neugraben solle auf bürgerbezogene Verfahrensschritte wie die Durchführung einer öffentlichen Plandiskussion verzichtet werden. Das prägnanteste Beispiel sei aber das Bürgerbegehren Schafshagenberg. Die Bezirksversammlung hatte Unterstützung zugesichert, sich aber nur deshalb dem Wortlaut angeschlossen, weil der Bezirksamtsleiter ausdrücklich um formale Zustimmung gebeten hatte. Dadurch habe man eine Evokation provoziert und rund 100.000 Euro für die Durchführung eines Bürgerentscheids gespart. Zusammenfassend sei deshalb festzuhalten, dass die Bemühungen der SPD, Harburg zum bürgerfreundlichsten Bezirk zu machen, eindeutig gescheitert seien.

Herr Heimath versichert, dass die SPD sukzessive das umsetzen werde, was sie versprochen habe; das Wohnungsbauprogramm bzw. der Vertrag seien erst der Anfang. Er hätte sich zwar auch eine

größere Beteiligung von Bürgern gewünscht; man könne diese jedoch nur anbieten und nicht erzwingen. Das Thema „Rewe-Markt in Neugraben“ wurde mehrfach im Stadtplanungsausschuss erörtert mit dem Ergebnis, dass die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens beschlossen wurde – dieses sehe ebenfalls eine öffentliche Veranstaltung vor. Bezüglich des Bürgerbegehrens Schafshagenberg habe es diverse Gesprächsangebote gegeben, um eine Verständigung zwischen allen Beteiligten zu finden; diese seien jedoch von der Initiative nicht angenommen worden. Außerdem gebe es in dem betroffenen Bereich durchaus auch Bürger, die nicht die Auffassung der Initiatoren teilen würden. Abschließend weist er nachdrücklich darauf hin, dass es in erster Linie einer funktionierenden Verwaltung mit ausreichendem Personal bedürfe, um Bürgerfreundlichkeit zu gewährleisten. Die SPD werde weiter in der Diskussion mit den Bürgern bleiben, um tatsächliche Bürgernähe praktizieren zu können.

Herr Fischer betont, dass Harburg bürgerfreundlicher sei als alle anderen Bezirke in Hamburg. Nirgendwo sonst gebe es eine Bürgerfragestunde vor der eigentlichen Sitzung der Bezirksversammlung, in der etliche Bürgerinitiativen ausführlich ihre Anliegen – und manchmal auch Partikularinteressen – vertreten dürfen. Auch der Umstand, dass in Harburg seit dem Inkrafttreten der rechtlichen Voraussetzungen nur eine äußerst geringe Anzahl an Bürgerbegehren eingereicht worden sei, zeige, dass hier keine großen Defizite vorhanden sein können. Desweiteren hätten sich alle Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft darauf verständigt, bis Ende des Jahres Gespräche über eine Reform der Bürgerbeteiligung aufzunehmen; dies sei ein guter Weg, der die heutige Debatte überflüssig mache. Die geringe Beteiligung von Bürgern an der Wohnungsbaukonferenz sei nicht verwunderlich, weil diese dort doch relativ wenig Einfluss nehmen könnten. Zum Thema Rewe-Markt stimme er Herrn Heimath zu und erinnere an ähnliche vorhabenbezogene B-Pläne wie z.B. für Daimler-Benz am Ellernweg; außerdem sei diese Ansiedlung eine wichtige Entscheidung für die Stabilisierung des Standortes. Beim Schafshagenberg handele es sich um eine kleine Straße mit zwei verschiedenen Partikularinteressen; die Politik müsse hier eine Entscheidung treffen, weil man nicht beiden gerecht werden könne. Grundsätzlich warne er vor zu niedrigen Quoren für Bürgerentscheide; die Bezirksversammlung werde sich sonst in den kommenden Jahren nur noch damit beschäftigen müssen und die eigentliche Aufgabe eines Parlamentes – nach Abwägung der Interessen aller Seiten zu entscheiden – nicht mehr wahrnehmen können.

Herr Schuster weist darauf hin, dass alle Parteien die Forderung nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in ihren Wahlprogrammen verankert hätten. Um dieses Ziel zu erreichen, benötige man vor allen Dingen eine bürgerfreundliche Verwaltung und Kommunalpolitik mit zuverlässiger Kommunikation; d.h. die Bürger müssen ernst genommen werden - auch und gerade dann, wenn sie Kritik üben. Die FDP befürworte deshalb, die Struktur der Hamburger Kommunalparlamente grundlegend zu ändern und ihnen die Rechte zu geben, Wünsche und Beschlüsse vor Ort auch umzusetzen.

Frau Nordbrock führt aus, dass sich Die Linke für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung der Gesellschaft einsetze; sie fordere daher die Einrichtung von Mieterbeiräten in Großsiedlungen wie Neuwiedenthal und Sandbek sowie einen regionalen Kulturausschuss in Süderelbe. Grundsätzlich sei Bürgerbeteiligung die alltägliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben; diese Teilhabe werde allerdings einem immer größer werdenden Bevölkerungsteil aufgrund von Hartz IV, Arbeitslosigkeit oder prekären Beschäftigungsverhältnissen verwehrt. Wer es mit Bürgerbeteiligung ernst meine, müsse sich zuallererst für die Überwindung der sozialen Spaltung in der Gesellschaft einsetzen. Das gemeinsame Interesse an menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle müsse in allen Auseinandersetzungen im Mittelpunkt stehen.

Herr Meinberg erklärt, dass Bürgerbeteiligung von der Harburger Verwaltung ständig praktiziert werde. Er selbst führe regelmäßige Bürgersprechstunden durch, in denen auch bereits alle in der heutigen Bürgerfragestunde angesprochenen Themen erörtert worden seien; einige Initiativen seien regelmäßig dort vertreten. Das Baudezernat beabsichtige, für die nächste Maßnahme eine Moderation durchzuführen, um Verhärtungen in der Diskussion zu verhindern.

2. Haushaltsangelegenheiten

2.1 Interfraktioneller Antrag Drs XIX/244 betr. Haushalt 2012 – Sondermittel des Bezirkes

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

2.2 Gemeinsamer Antrag SPD/CDU/GAL/Linke Drs XIX/245 betr. Haushalt 2011 – Sondermittel des Bezirkes

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

2.3 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/323 betr. Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten bei einer Rahmenezuweisung

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt der Drucksache einstimmig zu.

2.4 Interfraktioneller Antrag Drs XIX/332 betr. Antrag Finanzierung HARBURG21

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3. Angemeldete strittige Punkte aus den Fachausschüssen

Es liegt nichts vor.

4. Anhörungsverfahren gemäß § 28 BezVG Drs XIX/318 betr. Unterbringung von Zuwanderern und Wohnungslosen im Bezirk Harburg

Herr Stuhlmann berichtet zum Verfahren, dass die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) am 22.9.2011 darum gebeten habe, das Anhörungsverfahren, dessen Frist heute ablaufen würde, bis zur Oktober-Sitzung der Bezirksversammlung zu verschieben. Gleichzeitig habe sie betont, dass die bisherigen – in der Drs XIX/318 genannten - Standortvorschläge beibehalten werden sollen, und ihr Schreiben vom 22.9.11, das den Fraktionen und dem Ältestenrat vorliege, nochmals konkretisiert. Als Grundlage der Anhörung würden demnach folgende Vorschläge gelten:

Wetternstraße

1. Sanierung des Hauses 1 mit Erweiterung um 20 Plätze
2. Aufstellung von Containern
3. Abriss des Gebäudes 5 und Neubau von Wohnungen

Bremer Straße 42

Die SpriAG verhandele zur Zeit vorrangig mit einem anderen Bewerber; sollte dieser nicht mehr zur Verfügung stehen, wäre das Interesse der BASFI an diesem Objekt vorbehaltlich einer Prüfung der technischen Machbarkeit nach wie vor gegeben. Es wären ca 35 Plätze möglich.

Hasselwerder Straße

Unterbringung von Familien in einzelnen Häusern entsprechend dem Charakter der Siedlung.

Die BASFI habe zugesagt, dass sie vor der Anhörung in der Oktober-Sitzung der Bezirksversammlung

mit Vertretern der Fraktionen, der BI Wetternstraße, der Bezirksverwaltung und fördern&wohnen ein Gespräch über den Standort Wetternstraße führen werde. Vorgesehen sei der 5.10.2011; die Einladungen würden zeitnah verschickt werden.

Herr Kähler geht auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration am 12.9.11 ein und erläutert die dort von der Fachbehörde vorgetragene Kernpunkte (siehe entsprechende Niederschrift) und die daraufhin geschlossene Übereinkunft (siehe schriftliche Vorlage von Herrn Stuhlmann vom 12.9.11). Das Festhalten der BASFI an den alten Standortvorschlägen sowie die Verschiebung der Anhörung würden dieser Übereinkunft widersprechen. Er äußert deutliches Missfallen an diesem Vorgehen und bekräftigt die Position der Harburger SPD, die sich der Not von Flüchtlingen und Wohnungslosen nicht verschließen, aber Großunterkünfte und Wohncontainer ausdrücklich ablehne. Sie plädiere für kleinere Wohneinheiten in Wohngebieten bei Berücksichtigung der Nachbarschaftsinteressen.

Herr Schuster kritisiert nachdrücklich das gesamte Verfahren; es gebe kein Handlungskonzept und keine Bedarfsermittlung, stattdessen würden falsche Daten und einander widersprechende Aussagen von BASFI und fördern & wohnen im Raum stehen. Dies sei alles nicht mehr glaubwürdig; die FDP fordere daher endlich eindeutige Aussagen und valide Zahlen für die benötigten Plätze.

Frau Fischer schließt sich der Kritik an; die bisherige Informationspolitik der BASFI sei katastrophal gewesen. Es sei unzumutbar, von der Bezirksversammlung zu verlangen, ohne verbindliche Basisdaten eine Entscheidung zu treffen. Die CDU lehne eine Erweiterung der Unterkunft in der Wetternstraße – auch um nur 20 Plätze – ab, weil damit das einvernehmliche Ziel „Wohnunterkünfte sozialräumlich gleichmäßig zu verteilen“ völlig verfehlt werde; schon jetzt stimme das Verhältnis von Siedlern zu Bewohnern der Unterkunft nicht. Sie stimme zwar zu, dass auch Harburg sich an der Gesamtverantwortung für Flüchtlinge und Wohnungslose in Hamburg beteiligen müsse; die Sozialdaten würden jedoch zeigen, dass Harburg bereits heute einen überproportional großen Teil davon übernommen hätte.

Frau Boeddinghaus erklärt ebenfalls ihr Missfallen über das Verhalten der BASFI. Grundsätzlich sei Deutschland aber ein Einwanderungsland; dazu müssten sich auch Hamburg und Harburg bekennen. Die Wetternstraße sei eine Gemeinschaftsunterkunft und in ihrem jetzigen Zustand nicht zumutbar – insbesondere für die dort lebenden Personen und nicht nur für die Siedler; ein Umbau sei deshalb dringend erforderlich. Ansonsten schließe sie sich der Stellungnahme der SPD an; die Linke fordere ebenfalls kleine dezentrale Wohneinheiten z. B. auch in Neubaugebieten.

Auch *Herr Wolkau* stimmt dieser Forderung und der geäußerten Kritik zu, weil nur dann eine Chance zur Integration dieser Menschen bestünde. Die GAL verlange ein Hamburger Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung mit einer breiten Einbindung der Öffentlichkeit und einer angemessenen Beteiligung der Nachbarschaften; nur dann könnten menschenwürdige und sozialverträgliche Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge und Obdachlose sichergestellt werden.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion nimmt *die Bezirksversammlung* die Drucksache XIX/318 zur Kenntnis und vertagt den Punkt auf die nächste Sitzung.

Pause

**5. Antrag SPD Drs XIX/286 und Antrag Grüne/GAL Drs XIX/337
betr. Einrichtung eines BID für den Bereich Sand und Hölertwiete**

**Antrag SPD Drs XIX/287 und Antrag Grüne/GAL Drs XIX/338
betr. Einrichtung eines BID im Zentrum Neugraben**

Frau Overbeck weist darauf hin, dass das BID in der Lüneburger Straße bisher recht erfolgreich verlaufen sei. Deshalb sei es nunmehr geboten, auch innerstädtisch Schwerpunkte zu setzen und den Bereich um den Sand mit dem Wochenmarkt und der Hölertwiete in diese Entwicklung einzubeziehen. Da erste Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern positiv verlaufen seien, fordere die SPD jetzt schnellstmöglich die Einrichtung eines BID für diesen Bereich.

Auch in Neugraben wäre ein attraktives Nahversorgungszentrum äußerst wichtig für die Lebensqualität in diesem Stadtteil; hier lägen bereits konkrete Pläne des „RISE-Programms“ und der „steg“ vor, wie der gesamte Bereich um den Neugrabener Markt bis zum Bahnhof zukunfts- und wettbewerbsfähig gestaltet werden könne. Zur Realisierung sei deshalb hier ebenfalls die Einrichtung eines BID dringend geboten.

Herr Schuster begrüßt die vorliegenden Anträge und erklärt die Zustimmung der FDP.

Herr Frommann macht darauf aufmerksam, dass es in Neugraben bereits seit 2009 einen Quartiersentwickler und vor allen Dingen einen sehr aktiven Stadtteilbeirat gäbe, dessen Mitglieder in die weitere Entwicklung unbedingt einbezogen werden müssten. Außerdem seien die betroffenen Grundeigentümer auf jeden Fall zu informieren und zu befragen, bevor eine derartige Maßnahme eingeleitet werde.

Herr Lübberstedt lobt die sehr gute Arbeit der steg und des Stadtteilbeirates in Neugraben; so bestünde jetzt die Chance, auf der Grundlage einer breiten demokratischen Beteiligung der Bevölkerung die Weiterentwicklung des Stadtteils durchzuführen. Mit der Einrichtung eines BID werde hingegen für lange Zeit die Möglichkeit abgegeben, kreativ einzugreifen und die Bürger einzubeziehen. Auch im Hinblick auf den Bereich Sand könnte man mit den Ergebnissen des teuren Gutachtens sehr gut eigenständig arbeiten - unter Einbeziehung vieler örtlicher Akteure. Die Linke halte BIDs für viel zu teuer und grundsätzlich überflüssig; sie würden nur einer schleichenden Privatisierung und somit auch Entdemokratisierung Vorschub leisten.

Herr Preuß erläutert kurz die wesentlichen Prinzipien eines BID und betont, dass die Zustimmung und Akzeptanz der Grundeigentümer eine äußerst wichtige Voraussetzung für den Erfolg des BID sei; dieses werde nur gelingen, wenn es entsprechende private Initiativen gebe. Aus diesem Grund seien von der GAL die vorliegenden Änderungsanträge eingebracht worden.

Herr Heimath stimmt zu; die SPD werde die geänderten Petita in ihre Anträge übernehmen.

Die Bezirksversammlung stimmt den entsprechend geänderten Anträgen SPD Drs XIX/286 neu und SPD Drs XIX/287 neu mit Mehrheit zu, überweist den Antrag XIX/286 neu in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und den Antrag XIX/287 neu in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung. Die Anträge Grüne/GAL Drs XIX/337 und XIX/338 sind damit erledigt.

**6. Antrag CDU Drs XIX/246
betr. Schlickdeponie Moorburg**

**Anfrage SPD Drs XIX/236/A
betr. Baggergutdeponie in Moorburg – Geheimgutachten zum Bestand bedrohter Tierarten**

Herr Fischer erinnert an die wiederholte Behandlung dieses Themas in den Harburger Gremien und an diverse interfraktionelle Anträge, mit denen die Einrichtung einer Schlickdeponie in Moorburg immer einstimmig abgelehnt worden sei. Er äußert deutliche Kritik an der BWVI, die trotz dieses einhelligen Votums der Bezirksversammlung und trotz der mangelhaften Gutachten weitere gutachterliche Überlegungen für Alternativstandorte ablehne und an dem Standort Moorburg festhalte, weil er der beste sei. Deshalb sollte der Erste Bürgermeister – auch wegen der übergeordneten Bedeutung des Themas – gebeten werden, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, da es in Hamburg – und auch in den Nachbarländern – andere geeignete Standorte geben würde.

Herr Kazanci macht deutlich, dass die SPD nach wie vor die Einrichtung einer Schlickdeponie in Moorburg ablehne und auch in Zukunft alle dementsprechenden sachlichen Argumente und Anträge unterstützen werde. Der Antrag der CDU sei jedoch nicht sachdienlich; er würde keine neuen Erkenntnisse enthalten und somit keine zielführenden Ergebnisse erreichen können. Zunächst sollten deshalb die im Stadtplanungsausschuss anhängigen Anträge und Fragen wie z.B. zum Grundwasserschutz abgearbeitet werden, bevor neue Anträge beschlossen werden.

Herr von Eitzen befürchtet zwar, dass der Erste Bürgermeister – wie alle seine Vorgänger – wenig Einfluss auf HPA nehmen könne; die FDP werde dem Antrag dennoch zustimmen, weil sie ihn für unschädlich halte.

Herr Völkei schließt sich an, weil jeder Antrag gegen die Baggergutdeponie grundsätzlich zu begrüßen sei. Da jedoch nicht nur der Hamburger Hafen daraus Nutzen ziehen würde, plädiere die GAL ausdrücklich auch für weiterführende Gespräche mit dem Umland.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag mit Mehrheit ab und erklärt die Anfrage für erledigt.

**7. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/315
betr. Jägerstraße und Vogteistraße als gut erkennbare Tempo-30-Zone**

Herr Wolkau spricht die bekannte Situation an der Jäger-/Vogteistraße an; das Erfordernis einer entsprechenden baulichen Umgestaltung sei unstrittig.

Herr Dose merkt an, dass bereits entsprechende Beschlüsse unter Beteiligung der Verwaltung, der Polizei und der Vertreter aller Fraktionen gefasst worden seien; der Antrag sei somit eigentlich überflüssig.

Herr Bliefernicht erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

**8. Antrag SPD Drs XIX/288
betr. Erarbeitung einer Vermarktungsstrategie für Neubaugebiete im Bezirk Harburg**

**Antrag Die Linke Drs XIX/324
betr. Wohnungsneubaugebiet Elbmosaik**

Herr Beeken weist darauf hin, dass die Vermarktung des „Elbmosaiks“ dringend vorangetrieben werden müsse; eine entsprechende Strategie des Bezirksamtes sei bisher nicht erkennbar gewesen. Er bitte deshalb um Annahme des Antrags und Überweisung in den Stadtplanungsausschuss. Der Antrag der Linken werde von der SPD nach summarischer Prüfung abgelehnt.

Herr Lübberstedt entgegnet, dass die Linke den Antrag der SPD ablehnen werde, weil damit keine Änderungen hinsichtlich der Grundstruktur der Bebauung im Elbmosaik verbunden wären. Man müsse aber aufgrund der sich zuspitzenden Wohnungsnot auch in diesem Bereich Überplanungen vornehmen, um bezahlbaren Mietwohnungsbau in Geschossbauweise realisieren zu können.

Herr von Eitzen erklärt die Ablehnung der FDP für beide Anträge. Gute und nachgefragte Produkte würden sich zwar von selbst vermarkten, ein Produkt wie das Elbmosaik jedoch, das aufgrund der Erbbaurechtsproblematik mit deutlichen Mängeln behaftet sei, würde eine exzellente professionelle Vermarktung benötigen, die nicht von der Verwaltung so nebenbei erledigt werden könnte. Die von den Linken geforderte Überplanung mit dem Ziel eines hohen Anteils von öffentlich gefördertem Wohnungsbau sei kontraproduktiv, weil es im Bezirksamtsbereich bereits genügend soziale Brennpunkte gäbe.

Herr Preuß erinnert an die Wohnungsbaukonferenz vom 10.9.11; dort habe sich gezeigt, dass gerade in Süderelbe das Angebot weit höher als die tatsächliche Nachfrage sei. Insofern sollte sich die Kommunalpolitik nicht auf die Vermarktungsstrategie sondern eher auf eine Veränderung des Angebots konzentrieren. Die GAL werde sich deshalb bei der Abstimmung über den Antrag der SPD enthalten. Der Antrag der Linken hingegen werde abgelehnt, weil die damit geforderte Überplanung mindestens 2 – 3 Jahre dauern würde; im Übrigen sei der vorhandene Bebauungsplan flexibel genug.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag SPD Drs XIX/288 mit Mehrheit zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss; der Antrag Die Linke Drs XIX/324 wird mit Mehrheit abgelehnt.

**9. Antrag CDU Drs XIX/247
betr. Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen**

Die Bezirksversammlung stimmt Absatz 1 des Petitions einstimmig zu und überweist die Absätze 2 und 3 zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

**10. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/313
betr. Tempo 30 im Sinstorfer Weg**

**Anträge SPD Drs XIX/193/A und FDP Drs XIX/232/A
betr. Einrichtung von Tempo 30 vor den Schulen am Sinstorfer Weg**

Herr Preuß verweist auf die Antwort zu den Anträgen SPD Drs XIX/193 und FDP Drs XIX/232, in der die Polizei die Einrichtung einer Tempo 30 Zone im Sinstorfer Weg erneut abgelehnt habe. Aus diesem Grund sollte die Beschlusslage der letzten Amtsperiode nachdrücklich bekräftigt werden; dies sei der einzig gangbare Weg, um die lange zurückgestellte Ausweisung als Tempo 30 Zone jetzt endlich

durchführen zu können.

Herr Dose erinnert daran, dass die Polizei dieses Ansinnen in den letzten Jahren wiederholt abgelehnt habe, weil u.a. keine auffälligen Unfallzahlen und keine wesentlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen dort festgestellt worden seien. Deshalb mache der GAL- Antrag, der keine neuen Argumente enthalte, zur Zeit keinen Sinn und werde von der SPD abgelehnt. Die bereits beschlossenen und beantworteten Anträge der SPD und FDP würden aber wegen der Schulwegsicherung aufrechterhalten bleiben und weiter verfolgt werden.

Herr Bliefert schließt sich an; die CDU befürworte ebenfalls grundsätzlich Tempo 30 als Schulwegsicherung. Da aber die Stellungnahmen der Polizei mit dem Hinweis auf die fehlenden rechtlichen Voraussetzungen nach wie vor negativ seien und die CDU außerdem im Sinstorfer Weg bereits für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen wie Schutzgitter, Ampel und Brücke gesorgt habe, werde zur Zeit kein Handlungsbedarf gesehen und der Antrag der GAL daher abgelehnt.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag Grüne/GAL Drs XIX/313 mit Mehrheit ab; die Anträge SPD Drs XIX/193/A und FDP Drs XIX/232/A werden aufrechterhalten.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die gemäß § 6 (6) der Geschäftsordnung vorgesehene Tagungsdauer bereits überschritten sei.

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis; die Sitzung wird am folgenden Tag fortgesetzt.

gez. Schulz

für die Niederschrift:

Möller